



Klare Kante.

Extrablatt der SPD zur Europawahl am 7. Juni 2009



Gemeinsam für sozialen Fortschritt

Die SPD und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern, dass eine Fortschrittsklausel für ein soziales Europa in das EU-Recht aufgenommen wird. In einem gemeinsamen Papier, das beide Organisationen im Mai vorgestellt haben, heißt es: „Es muss sichergestellt sein, dass die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten und Zielen haben. Die sozialen Grundrechte müssen im Konfliktfall vorgehen.“ DGB und SPD wollen die Arbeit für ein soziales Europa weiter vertiefen.

► Im Internet: www.dgb.de

SPD diskutiert Regierungsprogramm

„Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland“ – unter diesem Motto steht der Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl. Die SPD will das Programm auf einem Parteitag am 14. Juni in Berlin beschließen. Der Entwurf steht im Internet für alle Interessierten zum Download bereit.

► www.spd.de

Europa per Brief wählen

Wer bei der Europawahl am 7. Juni nicht persönlich ins Wahllokal gehen kann, kann natürlich – wie bei allen anderen Wahlen auch – per Brief wählen. Informationen zur Briefwahl, zum Wahlverfahren für Deutsche, die im Ausland leben, und für EU-Bürger, die bei uns wählen wollen, stehen im Internet.

► www.briefwahlinfo.de

Am 7. Juni wählen gehen:

Mehr SPD für Europa!

Am 7. Juni wählen rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Mitgliedstaaten ein neues Europäisches Parlament. In Deutschland sind 62,2 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, die 99 deutschen Abgeordneten zu wählen.

Für die SPD geht es bei der Europawahl um eine Richtungsentscheidung. „Europa braucht gemeinsame Regeln und starke soziale Rechte, um Lohn- und Sozialdumping endlich einen Riegel vorzuschieben und gemeinsam sozialen Fortschritt in Europa zu organisieren. Dies haben CDU/CSU und FDP immer noch nicht begriffen. Für Konservative und Marktradikale haben Wettbewerb und Deregulierung immer noch Vorrang vor fairen Löhnen und sicheren Arbeitnehmerrechten“, sagt Martin Schulz, der Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl. „Dies wollen die Menschen in Europa nicht mehr. Und deshalb gilt: Mehr SPD für Europa!“

Europawahlmanifest der SPD

In ihrem Europawahlmanifest hat die SPD sich auf eine Politik festgelegt, die

- klare Regeln für die internationale Finanzwirtschaft und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung durchsetzt;
- Lohn- und Sozialdumping verhindert und Arbeitnehmerrechte stärkt;
- Zukunftsinvestitionen in Bil-



Gemeinsam für ein starkes und soziales Europa: SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl Martin Schulz auf einer Wahlveranstaltung der SPD.

Foto: Simone M. Neumann/Intro

dung, Forschung und Entwicklung besonders fördert;

- Vorreiter beim internationalen Klima- und Umweltschutz ist und
- für Frieden, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit weltweit eintritt.

Dabei spielt Europa eine immer größere Rolle für die deutsche Politik. Ohne Europa, da ist sich SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sicher, gibt es auf wichtigen Feldern keinen Fortschritt: „Wir sagen: Keine Bank, kein Finanzplatz

oder Finanzprodukt darf ohne wirkungsvolle Kontrolle bleiben. Das funktioniert nur, wenn wir in Europa gemeinsam handeln. Im globalen Zeitalter ist kein Staat mehr stark genug, um allein vorzugehen. Deshalb ist es wichtig, in Kommission und im EU-

Parlament diejenigen Kräfte zu stärken, die wirklich gemeinsam und sozial handeln wollen.“

Die Möglichkeit dazu gibt es bei der Europawahl am 7. Juni im Wahllokal oder vorher per Briefwahl!

Das Soziale und Demokratische stärken



Franz Müntefering, SPD-Parteivorsitzender

„Bei der Europawahl am 7. Juni geht es um viel: Um ein starkes, also soziales Europa. Was in Europa passiert, das ist nichts Abstraktes, das ist sehr konkret. Das betrifft uns direkt. Es geht um starke Wirtschaft, die wächst, Beschäftigung sichert und den Menschen nützt. Um gesunde Nahrungsmittel. Um faire Handytarife. Um sicheres Kinderspielzeug. Um Abrüstung weltweit. Europapolitik und Politik in und für Deutschland sind längst untrennbar. Das ist gut für uns. Am 7. Juni geht es auch darum, dass Martin Schulz deutscher Kommissar in der neuen Kommission werden kann. Er ist Sozialdemokrat und steht für ein soziales Europa und gegen Marktradikalismus. Das ist wichtig für Deutschland und für Europa. Wählen gehen!“

Andrea Nahles, stellvertretende SPD-Vorsitzende



„Wir wollen die sozialen Grundrechte in Europa stärken. Im Konfliktfall müssen die sozialen Rechte vorgehen und dürfen nicht durch die Binnenmarktregeln ausgehebelt werden. Oder einfacher gesagt: Der Markt muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. Das ist die Stärke des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells: Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und starke Arbeitnehmerrechte gehören für uns zusammen. Die Europäische Union kann nur mit einer sozialen Wirtschaftsordnung erfolgreich sein. Wir sind der festen Überzeugung: Nur ein Europa des sozialen Fortschritts wird langfristig Wohlstand und Beschäftigung für die Menschen in Europa sichern. Um das zu erreichen, brauchen wir eine starke Sozialdemokratie in Europa.“

Roland Kaiser, Sänger



„Den Blick nach vorn: In den letzten Wochen hat vor allem die Sozialdemokratie klargebracht, dass man bei akuten Problemen nicht den Kopf in den Sand stecken darf, sondern interdisziplinäre Lösungen gefragt sind. Sie zeigt, dass es in Krisenzeiten darum geht, mit den Menschen zu sprechen, zuzuhören und die richtigen Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Die SPD bringt uns aus der Krise: Deutschland und Europa.“

Renan Demirkan, Schauspieler



„Europa ist die beste Idee, die den Europäern je eingefallen ist – nur wird sie von mehrheitlich rechtskonservativen Beamten verwaltet und ist nicht von kreativen Denkern und Kulturschaffenden inspiriert. Ich will ein Europa, das bekennend humanistisch ist – sozial und transkulturell!“



Ulker Radziwill, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Migration der SPD Berlin

„Die Europäische Union bedeutet für mich „Einheit in Vielfalt“ Sie ist von Zuwanderung geprägt. Es bedeutet auch Schutz: Zum Beispiel erst mit der Europäischen Union wurde in Deutschland das Antidiskriminierungsgesetz umgesetzt. Die SPD sorgt dafür, dass der Einzelne in Frieden und Würde seine Fähigkeiten entfalten kann. Mehr SPD bedeutet daher mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Integrationspolitik.“

Gregor Weber, Schauspieler



„Als Grenzländer im Saarland aufgewachsen, durfte ich das stetige Wachsen einer herzlichen Freundschaft zwischen alten „Erbfeinden“ miterleben. Die Versammlung der europäischen Nationen unter dem gemeinsamen Dach bei sozialer Gerechtigkeit und in demokratischem Frieden ist unser aller Garant für eine glückliche Zukunft.“

Prof. Uta Meier-Gräwe, Professorin für Wirtschaftslehre der Privathaushalts- und Familienwissenschaften an der Uni Gießen



„In der DDR aufgewachsen, weiß ich das Reisen innerhalb Europas ohne Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung ebenso zu schätzen wie die kulturelle Vielfalt dieses Kontinents. Europa ist ein ehrgeiziges Entwicklungsprojekt, das allerdings gestaltet werden muss und sozial engagierte, aktive Bürger und Bürgerinnen braucht. Europa sollte als Ganzes vor allem von den Errungenschaften der sozialdemokratisch regierten Staaten Nordeuropas profitieren: Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder, die Gleichstellung beider Geschlechter in allen Lebensbereichen, aber auch das Verbot von Tierversuchen oder die Kennzeichnungspflicht von Produkten sind für ein zukunftsfähiges Europa und für die Lebensqualität seiner Bevölkerung ebenso unabdingbar wie der konsequente Kampf gegen Armut.“



Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRW-SPD

„Bei der Europawahl können die Wählerinnen und Wähler mitentscheiden, welchen Weg Europa in Zukunft einschlägt. Immer mehr Entscheidungen, in welcher Gesellschaft wir in Zukunft leben, werden in Brüssel und Straßburg getroffen. Die SPD steht für das soziale Europa. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass die „Privat vor Staat“- Ideologie der konservativen und liberalen Regierungen in Europa gescheitert ist. Wir brauchen einen starken, effizienten Staat, der Regeln setzt und die Einhaltung der Regeln überwacht. Und wir brauchen soziale Mindeststandards in Europa. Dafür kämpft die SPD am 7. Juni.“



Günter Grass, Schriftsteller

„Aus der Situation von 1969, die natürlich nicht in allem mit heute vergleichbar ist, kann man einiges lernen. Auch damals befand sich die SPD in der Umklammerung einer Großen Koalition. Willy Brandt war Außenminister, Karl Schiller Wirtschaftsminister. Beide zusammen haben in die Öffentlichkeit hinein ein Bild von Kompetenz und Tatkraft vermittelt. Willy Brandt in der Außenpolitik, Karl Schiller in der Wirtschaftspolitik. Mit Frank-Walter Steinmeier als Außenminister und Peer Steinbrück als Finanzminister ist die SPD heute genauso gut aufgestellt wie damals. Das muss wirken wie ein Kugelblitz. So ist es 69 gewesen.“

Hubertus Heil, SPD-Generalsekretär



„Bildung ist Menschenrecht und die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa. Gute Bildung für alle entscheidet über Aufstiegs- und Lebenschancen. Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle – unabhängig vom Geschlecht, von der sozialen Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern. Wir stehen deshalb für die frühe und individuelle Förderung von Kindern, für längeres gemeinsames Lernen und für das gebührenfreie Studium. Wir wollen, dass deutlich mehr junge Menschen an Austauschprogrammen und Jugendbegegnungen teilhaben können, die das Zusammenwachsen Europas stärken. Wir wollen ein Europa der sozialen Gerechtigkeit mit fairen Teilhabechancen für alle!“



Ralf Heppenstiel, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrates ThyssenKrupp

„Die Unternehmen arbeiten längst über Ländergrenzen hinweg. Wir erleben täglich, dass die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union direkte Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, die Arbeitsbedingungen und auf unser gesamtes Leben haben. Deshalb geht es bei der Europawahl auch um die Sicherung von Arbeitnehmerrechten. Wir müssen jetzt in der Krise die Chance nutzen, eine neue Wertediskussion zu führen. Soziale Grundrechte müssen vor wirtschaftlichen Freiheiten stehen. Mit der SPD wollen wir den Weg hin zu einem sozialen Europa gehen, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen.“

Klare Alternativen für eine soziale Politik in Europa



Sichere Arbeitnehmerrechte – faire Löhne

Die SPD steht für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa. Hierzu zählen sichere Arbeitnehmerrechte ebenso wie faire Löhne, von denen man leben kann.

- Ein europäischer Pakt gegen Lohndumping soll in allen EU-Mitgliedsstaaten existenzsichernde Mindestlöhne garantieren.
- Für Deutschland fordert die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro.
- Für alle europäischen Institutionen und Gesetze soll eine soziale

Fortschrittsklausel gelten, die die Einhaltung sozialer Standards und Rechte garantiert.

- Die EU-Entsenderichtlinie muss verbessert werden. Für alle muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Dies gilt insbesondere für die Leiharbeit.
- Die SPD steht für eine aktive Gleichstellungspolitik und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Auch auf europäischer Ebene gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer.

tie muss abgebaut, der Zugang zu Krediten erleichtert werden.

Die Position der Anderen

Konservative und Liberale stehen gegen starke soziale Schutzrechte und umfassende Mitbestimmung. In Deutschland verhindern sie bis heute den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und faire Löhne für Leiharbeiter.

Verbindliche Regeln für die Finanzmärkte

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt: Finanz- und Kapitalmärkte dürfen nicht länger dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Im Interesse aller Menschen müssen auch für sie klare und verbindliche Regeln gelten, die von demokratischen Parlamenten gesetzt werden.

- Die Finanzmärkte müssen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: Unternehmen und Privatleuten verlässlich den Zugang zu nötigem Kapital und zu Kredi-

ten ermöglichen – anstatt mit dubiosen Anlageprodukten völlig überzogenen Renditen nachzujagen. Um spekulative Finanzgeschäfte einzudämmen, fordert die SPD eine Börsenumsatzsteuer – möglichst EU-weit.

- Das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken muss erhalten bleiben.
- Die Managervergütung muss sich vorrangig am langfristigen Unternehmenserfolg ausrichten.

Überzogene Managergehälter sollen nicht mehr vollständig als Betriebsausgaben von der Steuer absetzbar sein, die Managerhaftung soll verstärkt werden.

- Steueroasen müssen trockengelegt werden.
- Hochspekulative Finanzprodukte wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen stärker kontrolliert und reguliert werden.
- Finanzgeschäfte von Banken und Fonds müssen transparenter und stärker mit eigenem Kapital unterlegt werden.

Die Banken- und Finanzmarkt-aufsicht muss europa- und weltweit weiter gestärkt werden.

Die Position der Anderen

Für Konservative und Liberale ist die Finanzkrise nur ein „Betriebsunfall“, der keine neue Politik erfordert. Sie setzen weiterhin auf weitgehend unregulierte Märkte und nehmen damit den Verlust tausender Arbeitsplätze in Kauf.



Neue Arbeit durch innovative Produkte

Deutschland und Europa brauchen eine ökologische Industriepolitik, die konsequent auf die Entwicklung energie- und rohstoffschonender Umweltechnologien setzt. So kann Deutschland gemeinsam mit der EU seine langjährige Technologie- und Innovationsführerschaft stärken und ausbauen – im Interesse von zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen und einer gesunden Umwelt.

- Ziel ist ein neues Bündnis von Wirtschaft, Arbeit und Umwelt.
- Die Europäische Union muss

ihre Investitionen in die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien weiter verstärken – etwa in die Entwicklung neuer Fahrzeugantriebe.

- Die europäische Infrastruktur muss erneuert und ausgebaut werden – von den Verkehrsnetzen über die Energienetze bis hin zu neuen schnellen Datennetzen.
- Europa muss seine Vorreiterrolle beim internationalen Klimaschutz und Umweltschutz festigen.
- Die SPD hält an den europäischen Klimaschutzziele fest: Bis

2020 sollen die Kohlendioxid-Emissionen um mindestens 20 % (in Deutschland um 40 %) gesenkt werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Gesamtenergieproduktion soll im gleichen Zeitraum auf 20 Prozent erhöht werden.

- Die SPD steht zum beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie. An der Sachlage hat sich nichts geändert: Die Nutzung von Atomenergie birgt nicht kalkulierbare Sicherheitsrisiken für die Menschen. Die Endlagerfrage für strahlenden Atommüll ist weiterhin ungeklärt.

Zudem sind die Uranvorkommen begrenzt.

Die Position der Anderen

Konservative und Liberale wollen zurück zur Atomenergie und neue Atomkraftwerke bauen. Sie knicken immer wieder vor der Wirtschaftslobby ein, wenn es darum geht, konkrete Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen.

Demokratie und Bürgerrechte

Die Europäische Union muss demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und sozialer werden.

- Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Langfristig will die SPD die Europäische Union zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln.
- Grund- und Bürgerrechte in Europa müssen weiter gestärkt werden. Die EU-Grundrechtecharta, die von Sozialdemokraten mitentwickelt wurde, muss endlich rechtliche Verbindlichkeit erlangen.
- Die SPD stellt sich mit größter Entschiedenheit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in ganz Europa.
- Migrationsfragen müssen stärker europäisch geregelt werden. Neben den ökonomischen Interessen Europas müssen auch entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aspekte berücksichtigt werden, genauso wie die Interessen der Migrantinnen und Migranten und deren Herkunftsländer.
- Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger müssen europaweit gewährleistet werden. Deshalb muss der Kampf gegen Terrorismus, gegen organisierte Kriminalität sowie gegen Drogen- und Men-

schenhandel in enger Zusammenarbeit der EU-Staaten geführt werden.

- Dabei müssen die Grundsätze des freiheitlichen Rechtsstaates, das Völkerrecht und die Menschenrechte, gerade auch das Folterverbot, strikt eingehalten werden. Si-

cherheit darf nicht gegen Freiheit ausgespielt werden.

- Die SPD tritt für starke Kommunen und Regionen und für einen wirksamen Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Europa ein.

Starke Friedensmacht Europa

Europas Rolle als Friedensmacht muss gestärkt werden. Die SPD setzt dabei auf eine partnerschaftliche Kooperation aller großer Staaten, um Lösungen für Frieden, Sicherheit und globalen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu entwickeln.

- Die internationale Staatengemeinschaft braucht handlungsfähige Vereinte Nationen als oberste Legitimations- und Koordinationsinstanz für politische Problemlösungen im globalen Maßstab.
- Die europäische Sicherheits- und

Verteidigungspolitik soll weiter ausgebaut werden – insbesondere ihre zivile Komponente. Langfristiges Ziel der SPD ist der Aufbau einer europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert wird.

- Die EU muss eine klare Politik für Abrüstung und Rüstungskontrolle verfolgen. Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Als erster Schritt müssen alle Nuklearwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.

Um Frieden und Stabilität in Europa dauerhaft zu sichern, setzt sich die SPD für eine EU-Erweiterung mit Augenmaß ein. Dabei unterstützt sie einen Türkei-Beitritt, wenn diese die erforderlichen Beitrittskriterien voll erfüllt.

- Die SPD setzt sich für eine umfassende partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ein. Um eine faire Weltwirtschaft zu garantieren und gerade den armen Ländern Entwicklungschancen zu eröffnen, muss die EU bestehende Zollbarrieren, Handelshemmnisse und Subventionen weiter abbauen.
- Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Menschenrechte und soziale und ökologische Standards auf internationaler Ebene stärker verankert werden.

Dumpinglöhne würden CDU wählen.

Am 7. Juni: Für ein Europa der fairen Löhne.

www.spd.de

Finanzhaie würden FDP wählen.

Am 7. Juni: Für ein Europa, in dem klare Regeln für alle gelten.

www.spd.de

Heiße Luft würde DIE LINKE wählen.

Am 7. Juni: Für ein Europa, in dem Verantwortung zählt.

www.spd.de

Der Wahlkampfspot der SPD unter www.spd.de

Ich will hier rein!
www.eintreten.spd.de

Die SPD im Internet:
www.spd.de
www.wahlkampfog.de
www.frank-walter-steinmeier.de
www.martin-schulz.eu

Interesse an der SPD? Gerade in Wahljahren interessieren sich viele Menschen für Politik und wollen sich aktiv einmischen. In der SPD stehen für sie die Türen weit offen. Die SPD ist die älteste Volkspartei Deutschlands. Sozial und demokratisch. Seit 1863.

Machen Sie mit: Informationen zu unserem Programm und zur Mitgliedschaft können Sie mit dem nebenstehenden Coupon anfordern.

Einfach ausfüllen und zusenden oder zufaxen. Oder im Internet: www.eintreten.spd.de

Ich möchte Informationen zur Politik der SPD

Ich möchte mehr Informationen zur Mitgliedschaft

Ich möchte Mitglied werden

Ich möchte Gastmitglied werden

Name _____

Anschrift _____

Bitte senden an:
Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung
SPD Parteivorstand
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Fax (030) 259 91 - 315 • E-Mail: mitgliederwerbung@spd.de